



JAHRESBERICHT 1997/98

**Verein der
Bayerischen
Chemischen
Industrie e. V.
VBCI**

**Verband der
Chemischen
Industrie e. V.
Landesverband
Bayern**

Innstraße 15, 81679 München
Telefon 089/92 69 10, Telefax 089/9 26 91 33

Die Chemie – Garant der Zukunft

Die Chemie hat in diesem Jahrhundert das Leben der Menschen maßgeblich geprägt. Die Chemie war und ist Motor des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts – sie hat Gesundheitsforschung und -vorsorge ebenso voran gebracht, wie sie die Technik des Bauens nachhaltig verändert hat. Die meisten Gegenstände des täglichen Gebrauchs sind ohne Chemie gar nicht mehr denkbar. Zudem ist die Chemie eine der wenigen Wissenschaften, die Ausdruck in einer lebendigen, kreativen, vielfältigen und gleichzeitig wirtschaftlich bedeutenden Industrie gefunden haben.

Die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der chemischen Industrie waren Voraussetzung für ihre Erfolge in der Vergangenheit und für ihre Stellung im internationalen Wettbewerb. Die zielgerichtete Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in Verfahren und Produkte hat unter dem wachsenden internationalen Konkurrenzdruck und durch den raschen Wandel der Märkte eine zusätzliche Bedeutung erlangt. Die Notwendigkeit, Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Produkte und Verfahren umzusetzen, ist erkannt, die Herausforderung angenommen. An den Hochschulen und außeruniversitären Forschungsstätten Bayerns wird eine erfolgreiche Grundlagenforschung betrieben. Dazu kommt die eigene leistungsfähige Industrieforschung. Viele Spezialprodukte der bayerischen Chemie sind noch keine fünf Jahre alt, in manchen Unternehmen erwirtschaften sie den Hauptanteil des Unternehmensgewinnes.

Gewiß, die Allgegenwart der Chemie und die Komplexität ihrer Prozesse haben auch Ängste geweckt. Nicht wenige standen und stehen ihr skeptisch gegenüber. Die chemische Industrie hat darauf reagiert. Sie ist offener geworden, sie hat an Transparenz gewonnen, und sie pflegt einen ehrlichen Dialog mit allen, die daran interessiert sind.

Die kritische Einstellung weiterer Bevölkerungskreise zur Chemie hat sich gewandelt. Die Sorge um den Standort Deutschland hat dazu beigetragen. Die Chemie will über Chancen und Risiken offen sprechen. Sie braucht Zustimmung, um neue Technologien an heimischen Standorten wirtschaftlich fest zu verankern. Die chemische Industrie wird damit ihrer gesellschaftspolitischen, aber auch ihrer volkswirtschaftlichen Rolle gerecht.

Dies ist umso wichtiger in einer Volkswirtschaft, die wie die deutsche nahezu ohne Rohstoffe auskommen muß, und deshalb auf die Intelligenz ihrer Menschen angewiesen ist.

Die chemische Industrie produziert mit High-Tech-Verfahren High-Tech-Produkte, schafft Mehrwert für alle Bereiche des täglichen Lebens und nutzt dazu die vielfältigen Fähigkeiten und die Kreativität ihrer Mitarbeiter. Denn immer noch finden sich viele leistungsbereite Menschen – gerade auch der jüngeren Generation – in der chemischen Industrie.

Die Chemie leistet all dies mit einem eindrucksvollen Maß an Flexibilität. Diese Flexibilität hat es ihr erlaubt, schwierige Phasen gut zu bewältigen. Sie hat diese Phasen nicht nur überlebt, sondern ist gestärkt aus ihnen hervorgegangen. Auf diese Weise ist die Chemie einer der großen stabilisierenden Faktoren in der deutschen Wirtschaft geworden. Sie wird dies auch künftig bleiben.

Die Chemie ist ein Garant der Zukunft.

Geprägt wurde die heurige Tarifrunde einmal durch eine gesplattene Konjunkturlage der Branche. Exportorientierte Unternehmen wiesen meist außerordentlich gute Wirtschaftsdaten aus – binnenmarkt- bzw. konsumorientierte Firmen partizipierten aber nur wenig oder nicht ausreichend an der gesamt-konjunkturellen Entwicklung. Geprägt wurde die diesjährige Tarifrunde auch durch das Ringen um das Procedere (Verhandlungen auf Bundes- oder Regionalebene), wobei die zu absolvierenden Betriebsratswahlen sowie die innerorganisatorische Neustrukturierung der IG BCE den Entscheidungsfindungsprozeß erschwerten.

Das Tarifergebnis, am 9. Mai 1998 in der dritten Zusammenkunft auf Bundesebene erzielt, darf nicht nur an der auf 12 Monate errechneten Belastung von 3% gemessen werden. Entscheidend ist das Modell, das Tarifsplitting heißt. Nur ein Teil, nämlich die 2,4% mit einer Laufzeit von 14 Monaten, wirken in der Zukunft dynamisierend. Allein der Satz von 2,4% ist relevant für Entgeltbestandteile, die sich an dem jeweiligen Tarifsatz orientieren, z. B. für Zuschläge, Schichtzulagen oder auch die Jahresleistung. Die Einmalzahlung von rd. 1% hat keine Auswirkungen auf zukünftige Tarifentwicklungen, sie ist damit keine tarifliche Dauerbelastung. Infolge einer Öffnungsklausel können Arbeitgeber und Betriebsrat einvernehmlich je nach wirtschaftlicher Lage des Betriebs Vereinbarungen über die Kürzung der Einmalzahlung treffen – auch der tarifvertraglich vereinbarte Fälligkeitszeitpunkt (30. Juni 1998) ist auf betrieblicher Ebene disponibel.

Neben diesem, einen Reformkurs einleitenden Ergebnis muß auch noch die in der öffentlichen Bewertung eigentlich wenig registrierte, gesellschaftspolitisch aber äußerst relevante Option für eine zusätzliche Altersvorsorge hervorgehoben werden. Der Arbeitnehmer erhält ein Wahlrecht auf vermögenswirksame Leistungen oder Altersvorsorge. Damit wird dem sozialpolitischen Grundanliegen, die private Altersvorsorge zu fördern, Rechnung getragen. Der seit 29. März 1996 existente Altersteilzeit-Tarifvertrag wurde im Rahmen des Tarifergebnisses vom 9. Mai 1998 an die ab 1. 1. 1998 gültige neue Rechtslage angepaßt. Entsprechende Verträge können nun bis zu maximal 10 Jahren vereinbart werden. Entscheidend ist, daß über 5 Jahre hinaus der einzelne Arbeitnehmer keinen Anspruch auf Abschluß eines entsprechenden Altersteilzeit-Vertrages hat.

Der Tarifabschluß beinhaltet außerdem noch die Zielfestsetzung, eine nochmalige Steigerung des Ausbildungsplatzangebots um insgesamt 5% bis zum Ende des Jahres 2000 zu erreichen, ferner eine Verlängerung der Regelung über abgesenkte Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose und Berufsanfänger. Der Gesellschafts- und Tarifpolitische Ausschuß unter Vorsitz von Dr. H. Seidl und der Sozial- und Personalpolitische Ausschuß unter Vorsitz von B. Gerstenberg begleiteten die Tarifrunde beratend – die maßgeblichen Sachkomplexe wurden rechtzeitig und im Detail abgestimmt. Der Sozial- und Personalpolitische Ausschuß war nach wie vor das Gremium, das in sehr kurzen, ca. zwei-monatigen Abständen tagt und alle maßgeblichen sozial-, arbeits- und tarifpolitischen Probleme in einer äußerst offenen, vertrauensvollen Atmosphäre umfassend behandelt.

Der Chemie-Abschluß 1998 kam unter schwierigen Bedingungen zustande – er ist aber als Fortsetzung eines Reformkurses zu werten, den sich die Sozialpartner der Chemie gemeinsam zur Aufgabe gestellt haben.

Konjunkturerholung setzt sich fort

Die chemische Industrie Bayerns war 1997 auf Wachstumskurs. Die Chemieproduktion erhöhte sich im vergangenen Jahr bundesweit um ca. 6,2%, der Umsatz um 7,7%. Der Umsatz der bayerischen chemischen Industrie stieg 1997 um 7,3% auf knapp 20,6 Mrd. DM. Dabei wuchs der Inlandsumsatz um 3,9% auf rund 10,9 Mrd. DM, während 9,7 Mrd. DM im Ausland Erlöst wurden, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 1,5% entspricht. Diese Zahlen spiegeln die Exportabhängigkeit der Branche wider. Während diese Zahlen im Rahmen der Werte der bundesrepublikanischen Chemie liegen, fällt der Rückgang der Beschäftigten in Bayern mit 1,4% in 1997 deutlich geringer aus als bundesweit, da in den alten Bundesländern 3,7% weniger Mitarbeiter beschäftigt wurden als im Vorjahr. Auch der gesamte bayerische Industriedurchschnitt weist im letzten Jahr um 3,7% weniger Beschäftigte bei einer der Chemie vergleichbaren Umsatzentwicklung aus. Die chemische Industrie Bayerns erwies sich damit bei der Beschäftigung vergleichsweise stabil. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Rückgang im Jahr 1997 teilweise auf die Ausgliederung von Unternehmensteilen zurückzuführen ist. Diese Beschäftigten werden nun anderen Industriebranchen zugeordnet oder erscheinen als Dienstleistungsbeschäftigte in der amtlichen Industrieberichterstattung überhaupt nicht mehr. Auch das Ausbildungsplatzangebot in Bayern konnte in den letzten Jahren stärker als im Bund gesteigert werden.

Die Entwicklung der einzelnen Sparten innerhalb der chemischen Industrie war 1997 überwiegend positiv. Überdurchschnittlich entwickelten sich organische Grundchemikalien, Kunststoffe und chemische Erzeugnisse. Nur geringfügig verbessern konnten sich Chemiefasern, eine Sparte, die in Bayern einen Standortschwerpunkt innerhalb Deutschlands hat. Textilhilfsmittel verzeichneten nach einer Periode steten Rückgangs erstmals wieder Zuwächse. Pharma konnte bei schwacher Inlandsnachfrage und etwas günstigerer Exportentwicklung leicht zulegen. Seifen-, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemittel lagen erneut unter Vorjahresniveau, verursacht durch einen weiteren Rückgang des Inlandsabsatzes.

Die Ertragsentwicklung war 1997 sehr unterschiedlich. In der Regel stiegen bei großen, international tätigen Unternehmen die Erträge stärker als in kleineren Firmen, die vor allem auf dem deutschen Markt tätig sind und über eine verbrauchernahe Produktpalette verfügen. Nach Verbandsschätzungen dürfte die durchschnittliche Netto-Umsatzrendite geringfügig gegenüber 1996 gestiegen sein. Die Unternehmen der chemischen Industrie haben in diesem Jahrzehnt erhebliche Kosteneinsparungen erzielt, die zu einer Produktivitätssteigerung um mehr als ein Drittel geführt haben.

Der Wachstumskurs des vergangenen Jahres setzte sich in der chemischen Industrie Anfang 98 fort – die Produktionszunahme zeigt sich aber gegenüber der Dynamik des Vorjahres leicht abgeschwächt. Zu den Negativfaktoren der Chemiekonjunktur zählen die Auswirkungen der Finanzkrise im südost- und ostasiatischen Raum. In den für die Chemiewirtschaft wichtigen Regionen Westeuropa und Nordamerika bleiben die Wachstumsaussichten positiv. Der feste Dollarkurs stützt die Exportaussichten der deutschen Chemie. Zugpferd der Chemiekonjunktur wird im laufenden Jahr erneut der Export sein.

Entlastung der Firmen durch Eigenverantwortung

Ein überbordendes Ordnungssystem schränkt Freiräume und Kreativität ein, atomisiert Eigenverantwortung, kompliziert und verteuert Abläufe. Die Staatsregierung und die Wirtschaft in Bayern haben deshalb im Umweltpakt bei der Weiterentwicklung des Umweltschutzes sowie der Arbeits- und Anlagensicherheit der Eigenverantwortung eine Chance gegeben.

Voraussetzung dafür war und ist eine jahrelang gewachsene Vertrauensbasis und ein Konsens über Erhaltung und Weiterentwicklung der bestehenden, im internationalen Vergleich hohen Standards. Die Zusammenarbeit zwischen Behörde und Industrie auf dieser Basis erfordert ein stetes, zeitaufwendiges Engagement der Firmenspezialisten und die Koordination durch den Verband. Trotz hoher Arbeitsbelastung in den Unternehmen leisten einige, meist in größeren Mitgliedsfirmen tätige Experten ehrenamtlich und zum Nutzen der ganzen Branche diese zeitaufwendige Arbeit.

Der Konsens von politisch und verbandlich Verantwortlichen ermöglichte erwähnenswerte Fortschritte. Genannt sei einmal die bayerische Vollzugsbekanntmachung zum BImSchG.

In intensiven Beratungen der Verbandsexperten mit dem Umweltministerium und auf Basis der Ergebnisse eines Pilotprojektes im Hoechst-Standort Gendorf wurde die Vollzugsbekanntmachung zum BImSchG an moderne Abläufe angepaßt. Für nach Öko-Audit-Verordnung validierte Standorte schrieb man gemäß dem Umweltpakt Bayern Vergünstigungen bei Melde- und Dokumentationspflichten, bei Überwachung und Kontrolle fest.

In einem weiteren Pilotprojekt in Gendorf wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium ein integriertes Occupational Health- and Risk-Managementsystem entwickelt. Für die Anwender dieses Systems bestehen Substitutionsmöglichkeiten für aufwendige behördliche Kontroll- und Überwachungsabläufe.

In vielen ausführlichen Diskussionen wurden mit Vertretern des Arbeits- und des Umweltministeriums einschlägige Melde- und Dokumentationspflichten sowie Vorgaben zur Kontrolle und Überwachung erörtert. Etliche dabei aufgezeigte Verbesserungsmöglichkeiten wurden umgesetzt, so z. B. in der neuen Anlagenverordnung VAwS und der dazugehörigen Verwaltungsvorschrift. Gleiches gilt für den Vollzug des Abfallgesetzes. Das wegen der EU-Druckgeräterichtlinie neu zu strukturierende Anlagensicherheitsrecht erörterte man mit dem Arbeitsministerium intensiv, um Vereinfachungen zu erreichen. Alle Initiativen wurden federführend vom Umweltschutzbereich des Landesverbandes unter Leitung von Herrn Dr. E. Sommer begleitet und politisch unterstützt. Deregulierungen geben den Unternehmen neue Handlungsspielräume, die eigenverantwortlich ausgefüllt werden müssen. Damit wird ein neuer Weg beschritten, durch Übernahme von Eigenverantwortung in einem ersten Schritt zu einer deutlichen Entlastung im Bereich von Melde- und Dokumentationspflichten, Kontrolle und Überwachung zu kommen – Entlastungen im Bereich Genehmigungsverfahren sind vorgesehen. Im Sinne des Responsible Care-Gedankens hatte sich die Branche verpflichtet, im Umweltschutz und in der Anlagensicherheit verantwortlich zu handeln. Dies findet in der Deregulierung Anerkennung durch die bayerische Politik.

Grundlage für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der bayerischen Chemieindustrie sind Innovationen bei Produkten und Verfahren. Einen Weg hierzu bietet die enge Kooperation mit Forschungseinrichtungen, insbesondere Universitäten. Deren Know-how kann auch Grundlage für Unternehmensgründungen sein. Die Bayerischen Chemieverbände ermuntern deswegen junge Wissenschaftler aus den Bereichen Chemie und Biotechnologie zu Bio-Business-Treffen an den Universitäten. Das Interesse daran ist groß. Auch für mittelständische Unternehmen eröffnet die verstärkte Nutzung wissenschaftlichen Know-hows weitere Entwicklungschancen. Der Verband führt regelmäßige Zusammenkünfte für mittelständische Mitglieder durch. Die wichtige Rolle, die moderne Führungsinstrumente auch in diesen Unternehmen spielen, hat den Verband veranlaßt, in einem Projekt mit finanzieller Unterstützung des VCI Frankfurt und der EU-Kommission neun mittelständische bayerische Firmen bei der Einführung von Umweltmanagementsystemen und deren Validierung bzw. Zertifizierung zu unterstützen.

Diese Anliegen förderten Vorstand und Wirtschaftspolitische Gremien unter Vorsitz von Prof. Dr. W. Simson und vertraten sie gegenüber Öffentlichkeit und Politik zur weiteren Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bayern. Der Arbeitskreis Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse unter Vorsitz von Dr. W. Wäble vertiefte die Kontakte zu Bio- und Gentechnikunternehmen und führte ein Symposium „Biotechnologie – Wissenschaft und Anwendung“ durch mit dem Ziel eines Know-how-Transfers zwischen Hochschulen und Mitgliedsfirmen. Auf die qualifizierte Unterrichtung der Öffentlichkeit zielt die Aktion „BioTech mobil – Perspektiven moderner Bio- und Gentechnologie“, die vom Verband mitgetragen wird und eine außergewöhnlich hohe öffentliche Resonanz zeigt. Kernstück ist ein mobiles Genlabor, das von Oktober 97 bis Ende 98 bayernweit über 80 Schulen erreichen wird. Der großen Bedeutung, die der modernen Chemie von der bayerischen Staatsregierung beigemessen wird, fehlt bis jetzt eine adäquate Berücksichtigung des Faches Chemie in den Stundenplänen. Hier ist Bayern Schlußlicht unter den deutschen Ländern. Die Bayerischen Chemieverbände, die traditionell ein gutes Verhältnis zu den Chemielehrern pflegen, setzen sich aktiv für eine Stundentafel ein, die der Zukunftsbedeutung der Chemie entspricht.

Der Landesverband Bayern des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie erweiterte unter Vorsitz von W. Sassenrath seinen Dialog mit Politik und Organisationen des Gesundheitswesens. Dabei wurde insbesondere der überwiegend mittelständischen Struktur der bayerischen Pharmaindustrie Rechnung getragen.

Die Bezirksgruppe Bayern des Verbandes der Lackindustrie unter Vorsitz von B. Fritzsche führte die traditionellen Stammtische zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen fort, so z.B. zur Euroeinführung und behandelte technische Fragen in einem technischen Stammtisch.

Der Arbeitskreis Energiepolitik unter Leitung von H. Gehrcke setzte sich gegenüber Politik und Verwaltung nachdrücklich für eine praktikable Liberalisierung der Energiemärkte ein.

Die fachliche Kompetenz für den Einsatz Nachwachsender Rohstoffe sowie für Kunststoffrecycling im Verband ist gewährleistet durch entsprechende Arbeitskreise unter Vorsitz von Dr. H.-G. Smolka bzw. von Dr. W. Frey.

Das Problem des Abbaus von Arbeitsplätzen in der Industrie und damit auch in der chemischen Industrie steht wegen der enorm hohen Arbeitslosenzahl im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. In früheren Jahren dominierte das Thema Umwelt die PR- und damit die Kommunikationsarbeit. Heute stehen wir unter einem Legitimationszwang hinsichtlich unserer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung. Die regelmäßigen VCI-Umfragen belegen, daß sich die Sorgenthemen Arbeitslosigkeit und soziale Sicherheit mit weitem Abstand vor den Umweltschutz geschoben haben. Der Emotionalisierungsgrad ist durch die direkte Betroffenheit der Mitarbeiter zusätzlich gesteigert und führt dazu, daß zunächst Fragen an die Unternehmen gestellt werden. Zusätzlich scheint eine Aufklärungsarbeit hinsichtlich wirtschaftlicher Zusammenhänge dringend notwendig, weil über unreflektierte Schlagworte viel falsche Meinung verbreitet wird. Der Begriff der Globalisierung der Wirtschaft, der ursprünglich nur das Zusammenwachsen und Vergrößern der Märkte durch Öffnung von Grenzen, technischen Erleichterungen und Transportverbiligung sowie völlig veränderte Kommunikationsmöglichkeiten beschrieb, ist zum Synonym für einen wachsenden Abbau von Arbeitsplätzen bis hin zur Massenarbeitslosigkeit geworden. Vieles, was man als soziale Errungenschaft und Besitzstand angesehen hat, erscheint dadurch aufs höchste gefährdet. Chancen durch die Globalisierung des Wettbewerbs werden deswegen kaum gesehen. Der Umstand, daß Banken und Großkonzerne teilweise hohe Gewinne ausweisen, zugleich aber weiter Arbeitsplätze abgebaut werden, verführt zu dem Schluß, Globalisierung sei unsozial und entsolidarisiere die Gesellschaft. Unter Vorsitz von Dr. J. Kammer hat der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit und eine Arbeitsgruppe aus dem Kreis der PR-Beauftragten bayerischer Chemieunternehmen deshalb Unterlagen für ein Informations- und Argumentationswerk mit dem Titel „Arbeitsplatz Deutschland – Fragen, Fakten und Zusammenhänge“ erarbeitet, das den Firmen für den internen Gebrauch, aber auch für ihre Öffentlichkeitsarbeit im Umfeld der Werke zur Verfügung gestellt wird. In dem Argumentationswerk ist eine große Anzahl graphisch aufbereiteter, maßgeblicher volks- und betriebswirtschaftlicher Daten und Entwicklungen enthalten. Bestellt werden kann ein farbiger Overhead-Folien-Satz wie auch eine entsprechende CD.

Gesellschaftspolitische Themen gewinnen aber auch in den verbandsseitig durchgeführten Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen immer mehr an Gewicht. In den bewährten Personalleiterkreisen, dem wieder durchgeführten viertägigen Seminar für Personalsachbearbeiter oder der zweitägigen Veranstaltung für betriebliche Führungskräfte sind nicht mehr ausschließlich arbeitsrechtliche Fallgestaltungen, sondern zunehmend auch sozialpolitische Themen Diskussionsgegenstand. So beinhaltet auch das neu angebotene Aufbautreffen für Führungskräfte u. a. einen Seminarteil mit dem Titel „Kostenfaktor Personal“. Fakten sowie Entwicklungen in der Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung werden genauso behandelt wie sozial- und tarifpolitische Auswirkungen gesetzgeberischer Entscheidungen. Zu erwähnen sind hier weiter die bereits als „Klassiker“ zu bezeichnenden Meisterschulungen in Pelham. Gut besuchte Informationsveranstaltungen zum Tarifabschluß und zur Umsetzung der arbeitsschutzrechtlichen Richtlinien vervollständigten das Verbandsangebot zum reziproken Meinungsaustausch.

Betriebsänderungen nach § 111 BetrVG mit dem traditionellen Muster der Abfindungssozialpläne werden durch die Reform des SGB III sowohl für die Unternehmen aus Kostengründen, als auch für die Arbeitnehmer wegen der Abfindungs-Anrechnungs-Regelungen des § 140 SGB III ab dem 07.04.1999 finanziell untragbar. Besonderes Augenmerk sollte daher dem neuen Konzept eines „Transfersozialplanes“ unter Einbeziehung der neuen Förderinstrumente zur aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere der §§ 254 SGB ff III gelten. Von Verbandsseite ist diesbezüglich eine entsprechende umfangreiche Broschüre erarbeitet worden, die den Mitgliedsfirmen zur Verfügung steht. Dieses Konzept trägt auch die IG BCE im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung der Sozialpartner mit. An Stelle des klassischen Interessenausgleichs und Sozialplans nach §§ 111, 112 BetrVG bietet der Transfersozialplan alternativ ein geschlossenes System, das auf einen Beschäftigungstransfer in den ersten Arbeitsmarkt gerichtet ist und in dem die Vermittlung dorthin in jeder Phase vor zielloser Qualifizierung oder nutzloser Beschäftigung, beispielsweise in Beschäftigungsgesellschaften, Vorrang hat. Das notwendige Know-how wird durch die von den Betriebspartnern gewählten Spezialisten in den Bereichen Outplacement, berufliche Qualifizierung und Weiterbildung vermittelt. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsverwaltung finden die örtlichen Arbeitsmarkt-Spezifika Berücksichtigung. Das notwendige Informationsnetz wird durch die beteiligte Industrie im Zusammenwirken mit dem Sozialpartner und der Arbeitsverwaltung aufgebaut. Zur Umsetzung ist jedoch auch hier ein Umdenken aller Beteiligten notwendig, insbesondere muß man von der Abfindung weg hin zum Mitteleinsatz für eine neue Beschäftigung.

In der Rechtsprechungsübersicht zum Betriebsverfassungsgesetz wurde zum 26. Male die aktuelle Rechtsprechung der Arbeitsgerichtsbarkeit zusammengefaßt und ergänzt. Dem Betriebspraktiker bietet diese Übersicht eine rasche Hilfe für die Arbeit im einzelnen Unternehmen.

Auch neue Arbeitsorganisationsformen wie Gruppen- oder Telearbeit, verknüpft mit innovativen, leistungsausgerichteten Vergütungssystemen, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Flexible Arbeitszeitgestaltung und Eigenverantwortung des einzelnen für seinen Arbeitsbereich im Team durch Zielvereinbarung erhöhen die Motivation, was letztendlich auch den Unternehmen zu Gute kommt. Diese Vor- und Nachteile von Telearbeit sowie die Erscheinungsform in tatsächlicher wie rechtlicher Hinsicht beschreibt der in Zusammenarbeit mit Firmenexperten und Verbandsvertretern erstellte praxisbezogene Leitfaden zur Umsetzung von Telearbeit. Die bereits in 2. Auflage erschienene Broschüre „Gruppenarbeit in der chemischen Industrie“ gewährt Einblicke in bereits praktizierte Gruppenarbeitskonzepte und erläutert neu bzw. vertieft die Bereiche Auditierung, Entgeltgestaltung und Arbeitsschutz. Erstmals wird auch eine „Machbarkeitsstudie“ zur Einführung der Gruppenarbeit interessierten Firmen an die Hand gegeben.

Nicht zuletzt wurde der bevorstehenden Einführung des Euro durch einen Leitfaden Rechnung getragen. Er soll insbesondere in der durch die starke Exportorientierung geprägten chemischen Industrie Hilfestellungen geben. Vorrangig wird auf die mit der Währungsumstellung zusammenhängenden arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen sowie personalwirtschaftlichen Fragen detailliert eingegangen, um die Probleme einer Währungsumstellung in den Unternehmen vor dem 1.1.2002 mit lösen zu helfen.

Ehrenmitglieder (VBCI und LV-VCI)

Ekkehard Maurer, Icking
Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Vorstand (VBCI und LV-VCI)

Prof. Dr. Wilhelm Simson, Trostberg (Vorsitzender)

Assessor Albert Franz, Obernburg
Dr. Jürgen F. Kammer, München
Dr. Klaus von Lindeiner, München
Dipl.-Bw. Werner Sassenrath,
Oberschleißheim

Dr. Hans Seidl, Pullach
Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen
Dr. Werner Wäble, Penzberg (bis Febr. 98)

Gesellschafts- und Tarifpolitischer Ausschuß (VBCI)

Dr. Hans Seidl, Pullach (Vorsitzender)

Alfred Bach, München
Dr. Ulrich Graeser, Neustadt (bis Dez. 97)
Dipl.-Ing. Manfred Hillenbrand, Hallstadt
Wil Ernst Huth, Starnberg

Dipl.-Ing. Manfred Keiler, Gersthofen
Gerd Keller, Burghausen
Dr. Hartmut Last, Bobingen

Beirat (LV-VCI)

Dr. Heiko Böhme, Geretsried
Karl G. Engels, München
Günter Frankenne, Nürnberg
Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach
Dipl.-Ing. Manfred Keiler, Gersthofen
Dr. Hartmut Last, Bobingen

Franz Miller, Augsburg
Dr. Germán Paul, München
Dr. Robert Römer, Burghausen
Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen
Dr. Rudolf Staudigl, München
Dr. Peter-Alexander Wacker, München

Wirtschaftspolitischer Ausschuß (VBCI)

Alfred Bach, München
Dr. Dietrich Buntrock, München (bis Mai 98)
Dipl.-Ing. Rolf J. Dürschmidt,
Regensburg
Dr. Peter Ehrentraut, Neu-Ulm
Horst Gehrcke, Vohburg
Dipl.-Ing. Hans Heß, Nürnberg

Dipl.-Kfm. Alfred Höf, München
Dipl.-Kfm. Dieter Poech, Trostberg
Dr. Michael Rosenthal, München
Wolfgang Schumann, Geretsried
Franz Wrede, Ismaning (bis Jan. 98)
Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Zippel,
Ismaning

Sozial- und Personalpolitischer Ausschuß (VBCI)

Bernhard Gerstenberg, München (Vorsitzender)

Dipl.-Bw. Paul Altmann, Schwandorf

Dipl.-Ing. Günter Bechberger, Burghausen

Uwe Dittrich, Töging

Günther Eppig, Obernburg

Dipl.-Kfm. Anton Graf Esterházy, München
(bis Dez. 97)

Reinhard Franetzi, Gersthofen

Hubert Friedmann, Penzberg

RA Gerhard Grassl, München (bis Jan. 98)

Ronald Hönsch, Trostberg

Assessor Hermann Kahlich, München

Hans-Dieter Klingspon, München

Assessorin Gabriele Kutz-Wenzel, Pullach

Guido Malzkorn, München

Jochen Müller, Hallstadt

Mario Ott, Ingolstadt

Dipl.-Oec. Wolf Ottmann, Höllriegelskreuth

Dr. Erich Reich, Kirchheim

Josef Reil, Burgkirchen

Martin Reil, Neustadt

Dr. Jürgen Schneider, Nürnberg

Prof. Dr. Karlheinz Schüssler, München

Lutz Steinmetz, Neu-Ulm

Dipl.-Bw. Hermann Straßer, Burghausen
(bis Dez. 97)

Dipl.-Bw. Dieter Tausend, Peißenberg

Hajo Timpke, Ismaning

RA Jörg von Uckermann, München

Jürgen Uhrhan, Burghausen

Assessor Walter Vogg, München

Ältestenrat (VBCI) Ekkehard Maurer, Icking (Vorsitzender)

Dr. Hans Baur, München

Carl Hans Dürschmidt, Kitzbühel

Dr. Friedhelm Finke, Icking

Dipl.-Ing. Wolf Dietrich Frowein, Prien

Dr. Helmut Gruber, Burghausen

Dr. Hans Georg Haas, Harthaus

Dr. Carl Ernst Hofstadt, Höllriegelskreuth

Dr. Werner Kalb, München

Dr. Emil Kinzinger, Neusäß

Senator h.c. Günther Klinge, Grünwald

Dr. Friedrich Lambert, Obernburg

Dr. Alfred Pfeiffer, Trostberg

Dipl.-Kfm. Rudolf Ribka, Obernburg

Dr. Walter Ringer, Lenggries

Dr. Oskar Roscher, Burghausen

Dipl.-Kfm. Rudolf Schleicher, Icking

Dr.-Ing. Heinrich Schubert, Augsburg

Dr. Albert Thalhofer, Neusäß

Dr. Karl Wamsler, Pöcking

Dr. Günter Weiland, München

Arbeitskreise / Vorsitz

Berufsausbildung (VBCI)

Dr. Michael Wieser, Burghausen

Umweltfragen (LV-VCI)

Dr.-Ing. Ernst Sommer, Burgkirchen

Energiepolitik (LV-VCI)

Horst Gehrcke, Vohburg

Öffentlichkeitsarbeit (LV-VCI)

Dr. Jürgen F. Kammer, München

Kunststoff-Recycling (LV-VCI)

Dr. Werner Frey, Ismaning

Nachwachsende Rohstoffe (LV-VCI)

Dr. Heinz-Gerd Smolka, Illertissen

Forschung – Bio- und Gentechnik, Katalyse (LV-VCI)

Dr. Werner Wäble, Penzberg

(bis Febr. 98), Dr. Rudolf Staudigl, München (ab Juli 98)

Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern

Vorsitz: Dipl.-Bw. Werner Sassenrath, Oberschleißheim

Verband der Lackindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern

Vorsitz: Dipl.-Kfm. Berndt Fritzsche, Essenbach

Geschäftsführung (VBCI und LV-VCI)

Hauptgeschäftsführer: Dr. jur. Peter Umfug

Geschäftsführer (VBCI):

Assessor Helmut Köhnlein

Franz Xaver Völkl

Stv. Geschäftsführer (LV-VCI):

Dr. rer. nat. Josef L. Geller

Referenten (VBCI):

Assessorin Christiane Hönig-Achhammer

Assessor Holger Kaiser

Assessor Stefan Möbner

Robert Schuder